

31.03.2017

Tangstedt

## Ministerpräsident will der Gemeinde helfen

*Von Christopher Herbst*



Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) und Tangstedts Bürgermeister Norman Hübener (SPD) trafen sich zum Arbeitsgespräch

Foto: Gemeinde Tangstedt / HA

Torsten Albig signalisiert bei einem Arbeitsgespräch in Tangstedt Lockerung von Vorgaben, um Gewerbeansiedlung einfacher zu machen.

Tangstedt. Dank der aufgeregt geführten Pferdesteuer-Diskussion beschäftigt Tangstedt längst auch die Landespolitik. Das Gute daran: Die Gemeinde findet offenbar mittlerweile besser Gehör in Kiel als vergleichbare Orte. Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) kam nun sogar persönlich ins Tangstedter Rathaus für ein Arbeitsgespräch mit Bürgermeister Norman Hübener (SPD). Es ging um die finanzielle Situation des Dorfes (6300 Einwohner). Wie mehrfach berichtet, musste die Politik für 2017 einen Haushalt mit einem Defizit von knapp 700.000 Euro verabschieden. Eigentlich wäre das Minus sogar doppelt so hoch gewesen, wenn es nicht zu diversen Kürzungen etwa bei Infrastrukturausgaben beziehungsweise Steuererhöhungen gekommen wäre.

Immer in diesem Zusammenhang erwähnt: Tangstedt muss als Gemeinde im sogenannten Achsenzwischenraum eine Funktion als Naherholungsgebiet erfüllen. Diese Vorgabe der Landesplanung von Schleswig-Holstein hat zur Folge, dass sich im Ort nur begrenzt Gewerbe ansiedeln darf. Potenziell höhere Gewerbesteuererinnahmen wären eine Möglichkeit zur Verbesserung der finanziellen Situation. Auch neue Wohngebiete sind Einschränkungen unterlegt.

Norman Hübener wollte diese Sorgen nun Torsten Albig vermitteln. Und tatsächlich signalisierte der Regierungschef eine Lockerung der landesplanerischen Regelungen nach der Landtagswahl und versprach, die Raumordnung in der Metropolregion zu überarbeiten.

Gleichsam betonte Albig, sich nicht in die Entscheidungshoheit der Kommunen einmischen zu wollen. Dies war ihm Anfang des Jahres vorgeworfen worden, als er sich öffentlich von der Pferdesteuer distanziert hatte. Damals sagte er, es müsse andere Wege geben, um kommunale Finanzen zu konsolidieren.

Die Pferdesteuer selbst erwähnten Albig und Hübener nicht direkt. Derzeit lässt die Gemeinde die Satzung für diese Abgabe von einem Juristen überprüfen. Norman Hübener rechnet damit, im Juni ein Ergebnis vorstellen zu können.

© Hamburger Abendblatt 2017 – Alle Rechte vorbehalten.